

Israel, die Muslimbruderschaft und der Zug der Demokratie

ב' באדר א' ה'תשע"א 6. Februar 2011

Anstatt sich mit der Demokratiebewegung in Ägypten solidarisch zu erklären, wird derzeit in Europa, vor allem aber in den USA und in Israel die Panik vor einer Machtübernahme der Muslimbruderschaft geschürt...

Von Thomas Schmidinger

Im Editorial der Jerusalem Post macht man sich keine Sorgen um die exzessive Gewalt gegen die Demokratiebewegung in Ägypten, sondern um die mögliche Machtübernahme einer „radikalislamischen Bewegung“ und kritisiert, dass das Weiße Haus einen „sofortigen Übergang zu einer demokratischen Repräsentation in Ägypten“^[01] anstrebe. Dies könnte nämlich, so der Kommentar weiter, ähnlich wie in den Palästinensergebieten zu einer Machtübernahme der Muslimbruderschaft führen. In deutscher Übersetzung auf der Internetzeitung „die Jüdische“ nachgedruckt heißt es schließlich: „Wir hoffen, die US-Administration wird die Gefahren eines zu schnellen Übergangs *zu den Fängen der Demokratie* ohne die vorherige Schaffung der entsprechenden Grundlagen erkennen. Gaza, Libanon und Irak sind instruktive Lektionen zu den Gefahren fehlerhafter demokratischer Prozesse.“^[02]

Dies dürfte durchaus der Position der derzeitigen israelischen Regierung entsprechen. Außenminister Avigdor Lieberman von der rechtsextremen Partei Israel Beiteinu, war vergangene Woche laut Haaretz intensiv damit beschäftigt, den israelischen Botschaftern einzubläuen, in ihren Gastländern die verzweifelte Botschaft zu verbreiten, dass die Stabilität des ägyptischen Regimes um jedem Preis zu verteidigen wäre.^[03] Solche Stimmen sind jedoch nicht nur aus der derzeitigen Rechtsregierung zu hören, sondern auch aus der auf die Oppositionsbank gewechselten Arbeitspartei. Der ehemalige Infrastrukturminister Benjamin Ben Eliezer von der Arbeitspartei erklärte bereits Ende Jänner in einem Interview mit der Jerusalem Post offen das israelische Interesse an der Fortdauer des Regimes Mubarak.^[04]

Diese Solidaritätsbekundungen mit dem Regime Mubaraks hinterließen auch ihre Spuren in der Szene deutschsprachiger Israel-Fans. Die von einem ehemaligen Neonazi herausgegebenen Website HaOlam fürchtet eine „Wiederholung der islamischen Revolution“: „In Ägypten ist die am besten organisierte Oppositionsgruppe die Muslimbruderschaft, die enge Verbindungen zur Hamas pflegt und sich ideologisch äußerst feindselig gegenüber Israel positioniert. Die Führungsrigie der Muslimbruderschaft versteht zwar wahrscheinlich, dass eine Aufgabe des Friedensvertrages mit Israel die jährlichen Unterstützungszahlungen von rund 2 Mrd. Euro aus den USA gefährden würde und zudem der lukrativen Tourismusbranche ernsthaften Schaden zufügen könnte, doch ist die breite Masse ihrer Unterstützer höchstwahrscheinlich nicht gebildet genug, um so vorausschauend zu planen, und übt dementsprechend Druck auf die Organisation aus, den pro-westlichen Kurs Ägyptens zu ändern.“^[05]

Auch Cahit Kaya, der in einer One-man-Show den „Zentralrat der Ex-Muslime“ in Österreich gibt, macht seine eigene Unwissenheit zum Programm, wenn er darüber herumorakelt, dass

niemand nichts genaues wisse, die Macht „endgültig an die Islamisten zu gleiten“ drohe und damit eine „islamfaschistische“ Diktatur vor der Tür stehe, Israel selbstverständlich bedroht wäre und Mohammed El-Baradai ein „Muslimbruder light“ wäre.[06]

Diesen Beispielen gemeinsam ist die Panik vor einer Machtübernahme der Muslimbruderschaft, der Herkunftsorganisation der palästinensischen Hamas. Leider verfügen diese Panikmacher jedoch weder über ein differenziertes Wissen über die gegenwärtige Position und Politik der Muslimbruderschaft, noch über deren tatsächlichen Einfluss in der ägyptischen Gesellschaft.

Was hat es nun mit der Muslimbruderschaft auf sich?

Die 1928 in Ägypten vom Volksschullehrer Hassan al-Banna gegründete Muslimbruderschaft (*al-Ikhwan al-Muslimun*) gehört heute zu den weltweit bedeutendsten Strömungen des Politischen Islam. Sie war die erste politische Organisation in Ägypten, die den Anspruch erhob, einen islamischen Staat zu errichten. In den Anfangsjahren richtete sie ein Hauptaugenmerk auf soziale und karitative Tätigkeiten in den Armenvierteln Kairo und auf den Dörfern auf dem Lande und konzentrierte ihre politische Propaganda gegen die britische Kolonialherrschaft. Dadurch konnten sie insbesondere die Unterstützung großer Teile der Landbevölkerung gewinnen. In den 1940er-Jahren hatte sie bis zu einer halben Million Mitglieder. Die Muslimbruderschaft vertrat ein Konzept des Islam als „allumfassendes System“ wie es später alle Bewegungen, Gruppen und Sekten des Politischen Islam Ägyptens vertraten. Islam war für sie „din wa dawla“, also Religion und Gesellschaft/Staat. Grundsätzlich tendiert das politische System der Muslim-Bruderschaft eher in Richtung einer islamischen Republik, denn in Richtung eines Khalifats.

Die politischen Forderungen Hassan al-Bannas, die dieser 1936 in seinem Traktat *nahwa annur* (Aufbruch zum Licht) an eine Reihe von arabischen Staatsoberhäuptern schickte, die „Beendigung des Parteienwesens, islamische Reform des Rechts, kulturelle Zensurmaßnahmen, Wahrung islamischer Moralvorstellungen, Zins- und Profitverbot, Redistribution des Reichtums usw. – erklären sich aus seiner Wahrnehmung der gesellschaftlichen Konflikte, in der kulturelle Verwestlichung, europäische Vorherrschaft und soziale Ungleichheit untrennbar verschmolzen sind.“[07]

Von Anfang an wurden dabei nicht nur die Kolonialherrn selbst zum Angriffspunkt, sondern all jene, die mit einer kulturellen Moderne in Verbindung gebracht wurden, zuallererst die ägyptischen Juden, die teilweise europäischer Herkunft waren und von der Muslim-Bruderschaft sowohl mit dem aufkommenden Zionismus, als auch mit dem Kolonialismus und der westlichen Moderne identifiziert wurden. Die antisemitischen Angriffe trafen jedoch die alten, seit Jahrhunderten arabisierten ägyptischen jüdischen Gemeinden. Insofern kann man bei der Muslimbruderschaft jedenfalls von einer antisemitischen Tradition sprechen, die selbstverständlich Grund zur Beunruhigung sein kann.

Nachdem am 23. Juli 1952 die „Freien Offiziere“ in einem Putsch die Macht übernommen hatten, sah die Muslim-Bruderschaft, die zu einigen der Putschisten gute Beziehungen unterhielt, anfangs durchaus Grund zu Optimismus. Den Muslim-Brüdern wurde sogar angeboten, „einige Regierungsämter unter dem ersten Regierungschef General Muhammad Najib [zu] übernehmen.“[08]

Mit der Machtübernahme der nationalistischen Linken innerhalb der „Freien Offiziere“, insbesondere mit der Ausschaltung Muhammad Najibs und der Machtübernahme Gamal

Abdel Nassers im Februar 1954, enden jedoch die Hoffnungen der Bruderschaft. Unabhängige politische Massenbewegungen, wie die Muslim-Bruderschaft, hatten im neuen politischen System keinen Platz, denn die Militärs beabsichtigen, wie es Gilles Kepel in seinem Standardwerk über die Muslimbruderschaft schreibt, „keineswegs, die Organisation als Sprachrohr für die Forderungen des Volkes auftreten zu lassen. Sie ziehen es vor, dass diese Forderungen von einer Einheitspartei kanalisiert werden, mit deren Hilfe die Massen geschlossen hinter die Regierung gebracht werden.“[\[09\]](#)

Am 26. Oktober 1954 wird auf Nasser während einer Rede in Alexandria von einem Muslim-Bruder ein Schussattentat verübt. Obwohl die Muslim-Bruderschaft unter der Führung des neuen Murshid (oberster Lehrer, Führer der MB) Hassan al-Hudaybi von einer Polizeiprovokation sprechen, beginnt damit eine erneute Verfolgungswelle gegen die Bruderschaft. Tausende Mitglieder und Sympathisanten der Bruderschaft werden verhaftet, sechs führende Funktionäre hingerichtet. Unter den Verhafteten befinden sich auch Yassir Arafat, der als damaliger Präsident der palästinensischen Studentenunion[\[10\]](#) in Ägypten den Muslim-Brüdern zumindest nahe stand, sowie Sayyid Qutb, der sich unter der Folter und Gefangenschaft radikalisierte und schließlich zu einem der ideologischen Stammväter des radikaleren Gihadismus wurde. Die Verfolgung der Muslimbruderschaft führte aber auch zur Exilierung tausender Muslimbrüder und damit zur Ausbreitung der Organisation in fast alle islamischen Staaten, aber auch in die muslimischen Communities in Europa und den USA.

In Ägypten begann damit eine Verfolgungsgeschichte der Muslimbrüder, die jedoch keineswegs ungebrochen ist. Nach dem Tode Nassers 1970 suchte sein Nachfolger Sadat kurzfristig die Zusammenarbeit mit der Muslimbruderschaft und anderen Kräften des Politischen Islams, insbesondere der Studentenorganisation Gamaa Islamiya, um mit deren Hilfe gegen die Linken NasseristInnen und KommunistInnen vorzugehen und die Westorientierung Ägyptens, sowie die ökonomische Wende zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft durchzusetzen.

In den 1990er-Jahren gelang es der Muslimbruderschaft schließlich, den Status einer teilweise geduldeten, jedoch nicht legalen Oppositionskraft zu erringen. Damit verbunden war jedoch nicht nur die Gründung einer Vielzahl legaler und informeller Vorfeldorganisationen, sondern zunehmend auch eine ideologische Diversifizierung innerhalb der Organisation. Dabei ging es nicht nur um Differenzen zwischen radikaleren und gemäßigeren Strömungen, sondern auch um Klassengegensätze. Während ein großer Teile der gebildeten Führungsschicht vom neoliberalen Wirtschaftskurs unter dem Regime Hosni Mubaraks profitierte und es zu florierenden mittelständischen Unternehmen brachte, waren andere weiter in den Armenvierteln aktiv und versuchten unter den Armen ihre soziale Basis aufzubauen. Diese Tendenz zur Aufsplitterung der Bewegung hielt in den letzten Jahren an und verstärkte sich zu durchaus intensiv ausgetragenen Richtungskämpfen innerhalb der Organisation.

Teile des postislamistischen[\[11\]](#) Flügels der Muslimbruderschaft verließen die Mutterorganisation und gründeten mit der Hizb al-Wasat[\[12\]](#) eine legale postislamistische Oppositionspartei. Innerhalb der Muslimbruderschaft konkurrieren jedoch weiterhin unterschiedliche Flügel. Zwei der wichtigsten Strömungen sammeln sich dabei um den konservativ ausgerichteten Mahmoud Ezzat und den reformistisch ausgerichteten Essam el-Erian, insgesamt rivalisieren jedoch wesentlich mehr als nur zwei Strömungen miteinander.

Keine dieser Strömungen besitzt besondere Sympathien für Israel. Immerhin erklärte Essam el-Erian jedoch, dass sich Israel vor nichts zu fürchten habe, „außer vor seinen eigenen

Verbrechen.”^[13] Ägypten werde Israel nicht angreifen. Nun mögen dies Lippenbekenntnisse sein, sie sind für jemanden, der aus der Herkunftsorganisation der Hamas kommt, trotzdem nicht irrelevant und verändern den Zugang der Basis der Muslimbruderschaft zum einst diabolisierten Feind.

In Wirklichkeit kann derzeit noch niemand sagen, wie sich die Muslimbruderschaft tatsächlich in Zukunft positionieren wird. Allerdings lässt sich klar sagen, dass das Bild einer in sich geschlossenen Kaderorganisation, das vor 30 Jahren noch seine Gültigkeit gehabt hätte, heute völlig falsch ist. Es handelt sich vielmehr um eine breit aufgefächerte Bewegung, die bereits im Begriff ist, sich in mehrere politische Gruppierungen zu spalten. Wenn die Muslimbruderschaft aus dem nun anstehenden politischen Prozess in Ägypten ausgeschlossen werden würde, würden damit jedoch die Verwerfungen innerhalb der Organisation durch den Druck von außen künstlich gekittet. In einem demokratischen Mehrparteiensystem wäre es hingegen wahrscheinlich, dass mehrere muslimische Parteien, die auf dem Gedankengut der Muslimbruderschaft in unterschiedlicher Art und Weise aufbauen und anknüpfen, miteinander konkurrieren könnten, darunter auch postislamistische Parteien wie die Hizb al-Wasat, die sich ähnlich wie die türkische AKP zu einer konservativ-islamischen Partei innerhalb eines säkularen demokratischen Mehrparteiensystems entwickeln will.

Entscheidend sind jedoch nicht nur die inneren Auseinandersetzungen und politischen Neuausrichtungen der Muslimbruderschaft, sondern auch deren Einfluss auf die gesamte Demokratiebewegung.

Die Angstpropaganda Mubaraks, die den eigenen Autoritarismus immer mit dem Hinweis auf die islamistische Gefahr rechtfertigen konnte, hat zu einer maßlosen Überschätzung des Einflusses der Muslimbruderschaft insgesamt geführt. Die Demonstrationen in Kairo, Alexandria, Suez und den anderen ägyptischen Städten stehen nicht unter ihrer Führung. Die Muslimbruderschaft sprang erst auf den längst abgefahrenen Zug auf.

Die Proteste gehen von säkularen Jugendbewegungen aus, die sich nach dem von der Polizei ermordeten Blogger „Wir sind alle Khaled Said“ oder nach dem 2008 von der Polizei brutal niedergeschlagenen Streik der Arbeiter von al-Mahalla al-Kubra „Jugendbewegung des 6. April“ nennen. Diese Namen sind programmatisch. Der Kampf um Menschenrechte und Demokratie ist für diese säkularen Jugendbewegungen direkt verwoben mit dem Kampf um soziale Rechte, gegen Arbeitslosigkeit und eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die jede echte gewerkschaftliche Organisation unterband. Während es im staatlichen und ehemals staatlichen Sektor eine von Regierungsfunktionären durchsetzte gelbe Gewerkschaft gab, wurde im Privatsektor jegliche Gewerkschaftsarbeit unterbunden und wurden selbstorganisierte ‚wilde‘ Streiks seit Jahren brutal unterdrückt. Dass sich am 30. Januar erstmals ein unabhängiger Gewerkschaftsverband gründen konnte, ist ein deutliches Zeichen der neu gewonnenen Stärke der Arbeiterbewegung. Die unabhängigen Gewerkschaften spielten schließlich auch in der erfolgreichen Revolution in Tunesien eine entscheidende Rolle.

Das bedeutet nicht, dass die Muslim-Bruderschaft sich nicht an den Protesten beteiligen würde. Allerdings spielt diese eine vergleichsweise untergeordnete Rolle und vertritt mit all ihren rivalisierenden Flügeln nicht mehr als 20 bis allerhöchstens 30% der Bevölkerung.

Die Parallele zur Islamischen Revolution im Iran, die mancherorts gezogen wird, taugt wenig. Nicht nur, dass 2011 nicht 1979 ist und dass die schiitische Geistlichkeit völlig anders organisiert war und ist als die sunnitische. Vielmehr fehlt der Muslimbruderschaft auch eine charismatische Führungsgestalt mit entsprechenden integrativen Fähigkeiten, vereinfacht

gesagt ein ägyptischer Ayatollah Khomeini. Auch im Iran konnte dieser die anderen Bewegungen der Revolution allerdings erst im Windschatten des vom Westen gestützten Angriffs des Irak auf den Iran[14] ausschalten. Der Krieg ermöglichte ihm das Kriegsrecht und die Errichtung der Diktatur. Und wir wollen doch hoffen, dass Ägypten nach einer Revolution nicht auch gleich angegriffen wird.

Geschichte bleibt ein Risiko. So verständlich israelische Befürchtungen vor dem ungewissen Ausgang der Proteste in Ägypten sind, so falsch ist es jedoch den korrupten Tyrannen, dessen Zeit abgelaufen ist, stützen zu wollen. Dabei geht es zunächst um universelle Werte: Demokratie ist nicht nur etwas für wohlhabende EuropäerInnen, US-AmerikanerInnen oder Israelis. Auch AraberInnen wollen frei von Unterdrückung leben und ihre politische Zukunft selbst bestimmen.

Aber auch aus israelischer Sicht hätte eine demokratische Entwicklung in Ägypten mehr Chancen als Risiken. Mubarak war kein Freund Israels. Er war nur korrupt genug sich von US-Militär- und Wirtschaftshilfe kaufen zu lassen und damit den ‚kalten Frieden‘ mit Israel zu bewahren. Auch unter Mubarak war antisemitische Propaganda in Ägypten allgegenwärtig. Ich kann mich noch gut an meinen Schock erinnern als ich als blutjunger Student in Kairo mein Arabischstudium begann und in der Mehrheit der Buchhandlungen antisemitische Propagandaliteratur, wie die ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ in den Auslagen fand. Für die säkularen Diktatoren der Region war es immer angenehm die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf Israel abzulenken. Während jede Demonstration gegen das eigene Regime sofort unterdrückt wurde, durfte auch unter Mubarak immer gegen Israel demonstriert werden.

Vor allem aber kann es einen wirklichen Frieden und eine gute Nachbarschaft nur mit einer demokratisch legitimierten Regierung geben, die diesen Frieden auch der eigenen Bevölkerung gegenüber vertreten kann. Dazu ist aber auch eine Lösung des Konflikts mit den PalästinenserInnen notwendig und zwar auf eine Art und Weise, die auch den PalästinenserInnen demokratische Selbstbestimmung im Rahmen einer fairen Zweistaatenlösung ermöglicht.

Hoffnung geben deshalb auch andere israelische Stimmen, die die Demokratiebewegung in Ägypten offen begrüßen, wie etwa Sven Plocker, der auf der Website Ynet, die israelische Angst vor der Demokratie kritisiert und festhält:

„Wenn Polen, Brasilien, Indien und Indonesien heute demokratische Staaten sein können, die Wachstum aufweisen, ihre Armut reduzieren können und friedlich mit ihren Nachbarn koexistieren, dann können das Ägypten, Syrien und der Iran auch. Das ist es zumindest was wir Israelis, Juden und Nichtjuden genauso, hoffen. Der Zug der Demokratie ist kein Desaster, sofern er nicht entgleist.“[15]

Israel sollte auf diesen Zug setzen und nicht auf die Saboteure, die versuchen diesen Zug gar nicht erst abfahren zu lassen.

Thomas Schmidinger ist Lektor für Politikwissenschaft an der Universität Wien und derzeit Reserach Fellow an der University of Minnesota

1. <http://www.jpost.com/Opinion/Editorials/Article.aspx?id=206687>
2. <http://www.juedische.at/>
3. <http://www.haaretz.com/weekend/week-s-end/the-battle-for-the-israeli-voter-passes-through-tahrir-square-1.341211>
4. <http://www.jpost.com/DiplomacyAndPolitics/Article.aspx?id=205576>
5. <http://www.haolam.de/?site=artikeldetail&id=4371>
6. <http://exmuslime.at/cahit-kaya-frei-gesprochen/144-wohin-marschiert-aegypten>
7. Endres, Jürgen / Jung, Dietrich: *Was legitimiert den Griff zur Gewalt? Unterschiede im Konfliktverhalten islamischer Organisationen in Ägypten*. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1, 39. Jhrg., März 1998: 91 – 109
8. Endres, Jürgen / Jung, Dietrich: *Was legitimiert den Griff zur Gewalt? Unterschiede im Konfliktverhalten islamischer Organisationen in Ägypten*. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1, 39. Jhrg., März 1998: 91 – 109
9. Kepel, Gilles: *Der Prophet und der Pharao, Das Beispiel Ägypten: Die Entwicklung des muslimischen Extremismus*; München, Zürich 1995: 24
10. Hein, Horst: Nachwort; in: Sayyed Qutb: *Kindheit auf dem Lande*. Berlin 1997: 169
11. Zum Konzept des Postislamismus siehe: Bayat, Asef: *Making Islam Democratic: Social Movements and the Post-Islamist Turn*. Stanford, 2007
12. <http://www.alwasatparty.com>
13. http://www.monstersandcritics.com/news/middleeast/news/article_1617078.php/Israel-i-official-to-Muslim-Brothers-peace-treaty-good-for-Egypt
14. Israel hielt damals übrigens im Gegensatz zur USA zum Iran.
15. <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4021393,00.html>